

Die unendliche Geschichte – Stichworte zur Wehrpflichtdebatte

Die Diskussion um die Wehrpflicht verstummt nicht. Sie wird oberflächlich und fast immer nur aus der aktuellen Lage heraus und ohne Weitblick geführt. Es herrscht unbegreifliches Vertrauen in die positive politische Prognose. Einige der wichtigsten Argumente und Gegenargumente sollen hier stichwortartig dargestellt werden:

Erstens: Es wird behauptet,...

die sicherheitspolitische Lage erlaube die weitere Reduzierung der Streitkräfte.

Dazu ist zu sagen:

Die Planvorgaben für die Bundeswehr sind in den letzten zwölf Jahren sechsmal reduziert worden. Die Friedensdividende wurde in der ersten Hälfte der neunziger Jahre voll konsumiert. Seither sind keine zusätzlichen Sachverhalte eingetreten, die eine weitere Sicherheitsverbesserung ergeben hätten. Im Gegenteil, die Risiken haben sich geografisch und sachlich erweitert, so wurde uns zum Beispiel die neue Dimension des internationalen Terrorismus gerade erst vor Augen geführt. Welche sicherheitspolitische Begründung für eine weitere Reduzierung kann es da geben?

Also:

Nur wer Deutschlands Mitverantwortung, Mitsprache und Mitwirkung an der internationalen Sicherheit weiter verringern will, darf die Wehrpflicht abschaffen.

Zweitens: Es wird behauptet,...

heute könne man sich auf friedensschaffende und friedensbewahrende Interventionskräfte im Rahmen der Staatengemeinschaft konzentrieren. Landesverteidigung sei zweitrangig geworden und Reservisten weitgehend entbehrlich.

Dazu ist zu sagen:

Es ist richtig, Wahrscheinlichkeiten und Warnzeiten haben sich verändert. Ein Nullrisiko gibt es in der Sicherheitspolitik jedoch nicht, und für die Freunde, von denen wir „umzingelt“ sind, haben wir Bündnisverpflichtungen übernommen. Außerdem müssen wir die Bedrohung auf See, in der Luft, aus dem Weltraum, in den elektromagnetischen und informationellen Dimensionen wahrnehmen. Bei den Warnzeiten gilt es, die Lehren aus den rasanten Entwicklungen der jüngsten Vergangenheit zu ziehen. Seit dem 11. September haben wir es auch mit null Warnzeit zu tun.

Grundwehrdienst und Anschlusswehrübungen leistende Reservisten könnten weitgehend den Heimatschutz gegen terroristische Angriffe leisten und den Katastrophenschutz der Länder ergänzen. Schon heute entlasten tagtäglich 250 Reservisten die aktive Truppe auf dem Balkan in vielen Mangelverwendungen. Den Nutzen einer intelligenten Reservistenplanung kann allerdings nur ernten, wer durch Wehrpflicht ein ausreichendes Reservistenpotenzial hat.

Also:

Wer sich auf der mitteleuropäischen Sicherheitsinsel verlässlich und dauer-

haft geschützt glaubt, wer weitere Überraschungen ausschließen kann, darf ohne Wehrpflicht dem Beispiel der ehemaligen Kolonialmächte folgen. Im Notfall gibt es ja noch die USA.

Drittens: Es wird behauptet,...

eine bessere europäische Zusammenarbeit führe zu effektiverer Nutzung der Ressourcen, und unsere Verbündeten gingen den Weg zur Freiwilligenarmee.

Dazu ist zu sagen:

Vorzugsweise werden uns westliche Nachbarn, die ehemalige Kolonialstaaten sind, als Vorbilder empfohlen, nicht aber die nördlich, östlich und südlich von uns. Dort gibt es nahezu ausschließlich Wehrpflichtarmeen. Die Rekrutierungsprobleme der neuen Freiwilligenarmeen werden verschwiegen. Von neunzehn NATO-Staaten hat einer keine Streitkräfte, vier schon seit langem Freiwilligenarmeen, vier stellen dahin um, und neun haben die Wehrpflicht. Bei neun von fünfzehn EU-Staaten, bei elf von zwölf EU-Kandidaten und in allen Staaten der GUS gilt die Wehrpflicht. Die jüngsten Erfahrungen auf dem Balkan, im Nahen Osten und mit der Anti-Terror-Allianz zeigen deutliche Defizite im gemeinsamen europäischen Handeln.

Also:

Der Weg zu einer einheitlichen europäischen Sicherheitspolitik mit Souveränitätsverzicht ist noch weit. Die notwendige gemeinsame Nutzung europäischer Mittel darf nicht zum Vorwand für mangelhafte eigene Beiträge dienen.

Viertens: Es wird behauptet,...

die Wehrpflicht diene in erster Linie dazu, eine Entwicklung der Streitkräfte zum „Staat im Staate“ zu verhindern.

Dazu ist zu sagen:

Dieses oft gehörte Argument von der gesellschaftlichen Einbindung der Soldaten hat nach nahezu fünfzig Jahren loyaler Bundeswehr unter dem Konzept der Inneren Führung seine Bedeutung verloren. Heute ist eher die Entfernung von Po-

litik und Gesellschaft von ihren Soldaten zu befürchten. Die Verantwortung der politischen Führung für die Soldaten im Sinne der gegenseitigen Dienst- und Treuepflicht gilt zwar unabhängig vom Status, ist aber gegenüber dem Wehrpflichtigen aus dem Wahlkreis intensiver.

„Die Fürsorgepflicht würde möglicherweise durch einen Tarifvertrag für Söldner ersetzt.“

Wenn es sich bei den Soldaten ausschließlich um Angehörige einer Berufstruppe handelte, wäre auch eher zu befürchten, dass die sozialen Belange in der Priorität abgeleitet würden. Die Fürsorgepflicht würde möglicherweise durch einen Tarifvertrag für Söldner ersetzt.

Also:

Eine Abschaffung der Wehrpflicht würde den Abstand der politischen Klasse zu unserer Bundeswehr vergrößern. Das Abseitsstehen der Gutmenschen würde erleichtert und noch mehr zur Regel.

Fünftens: Es wird behauptet,...

heute sei die Wehrpflicht nicht mehr mit dem Grundgesetz zu vereinbaren, und die hohe Bedeutung der Gleichberechtigung mache gerechterweise die Wehrpflicht auch für Frauen notwendig.

Dazu ist zu sagen:

Die unverkürzte Gesamtbeurteilung der Lage einschließlich der Zeitfaktoren, des Spektrums von Bereitschaft und Präsenz und der Aufwuchsfähigkeit ergibt eine überzeugende politische Begründung für die Fortführung der Wehrpflicht. Diese Entscheidung ist eine politisch-fachliche, nicht eine juristische. Gleichberechtigung der Frauen heißt nicht Gleichverpflichtung. Gleichberechtigung ist durch den Zugang von Frauen zum Dienst in der Bundeswehr gegeben. Pflichten und Aufgaben sind durchaus

Waffenausgabe in der Waffenkammer der Bundeswehr.

Foto: Sven Simon



nach Geschlecht und Alter unterschiedlich verteilt und begrenzt.

Also:

Eine gerichtlich durchgesetzte Gleichverpflichtung kann es nicht geben, weil Männer und Frauen, Menschen verschiedenen Alters, verschiedener Leistung und Eignung nicht gleich sind. Gleichverpflichtung aller Menschen würde nicht nur für die Wehrpflicht ganz neue Fragen aufwerfen. Man möchte unseren Abgeordneten zurufen: Verhindert, dass das Bundesverfassungsgericht die oberste sicherheitspolitische Instanz wird! Politiker verteidigt eure Rechte!

Sechstens: Es wird behauptet,...

Wehrgerechtigkeit sei nicht mehr gegeben, deshalb verstoße Wehrpflicht gegen den Gleichheitsgrundsatz.

Dazu ist zu sagen:

Wenn man Wehrgerechtigkeit als die Ausschöpfungsquote der für den Wehr-

dienst verfügbaren Zahl der Männer definiert, ist sie rechnerisch hoch und wird in den nächsten zehn Jahren aufgrund der sinkenden Jahrgangsstärke noch höher werden. Diese Aussage beruht jedoch auf einer Weltrekordhöhe der Kriegsdienstverweigerung von über dreißig Prozent, eine hohe Quote an Untauglichen, Abstellungen für andere Dienste (Polizei, Zivil- und Katastrophenschutz, Entwicklungshilfe) und einige unsinnige Wehrdienstausnahmen. Die subjektive Wehrgerechtigkeit würde als größer empfunden, wenn die Zahl der eingezogenen Wehrpflichtigen nicht stetig ausschließlich aus Haushaltsgründen verringert würde.

Also:

Die Ausschöpfung des Wehrpflichtigenpotenzials für den Grundwehrdienst und Wehrübungen muss auch den Aspekt der Gerechtigkeit im Auge behalten.

Eine extreme Verringerung der Zahl der Grundwehrdienstleistenden (nach der Weizsäcker-Kommission 30 000 Mann) würde – beabsichtigt oder nicht – zu wirklicher Wehrungerechtigkeit führen.

Siebtens: Es wird behauptet,...

die Rekrutierung von ausreichend vielen leistungsfähigen Freiwilligen sei nur eine Frage der arbeitsmarktgerechten Attraktivität. Über vier Millionen Arbeitslose müssten die Aufgabe erleichtern.

Dazu ist zu sagen:

Die Lage am Arbeitsmarkt hatte in der Vergangenheit nur begrenzte Wirkung auf die Rekrutierungslage. Die Attraktivität des Soldatenberufes hat drei Komponenten: das öffentliche Ansehen, die berufliche Befriedigung und die materielle Seite. Seriöse Prognosen gehen davon aus, dass ohne Wehrpflicht nur etwa 140 000 bis 160 000 Freiwillige zur Verfügung stünden. Drastische, arbeitsmarktgerechte Attraktivitätsverbesserungen sind politisch schwer durchzusetzen und nur begrenzt zu erwarten.

Schon jetzt haben die Defizite bei allen drei Elementen der Attraktivität ein Fehl von etwa 15 000 Unteroffizieren zur Folge. Es geht auch nicht nur um die quantitative Bedarfsdeckung. Moderne Streitkräfte brauchen gute Soldaten, mit allgemeiner und fachlicher Bildung und vor allem Weltoffenheit und Lernfähigkeit. Die Konkurrenz um talentierte junge Menschen ist groß. Die Aktion „Green Card“ unterstreicht das. Etwa 45 Prozent der Freiwilligen entschließen sich erst bei näherer Bekanntschaft mit der Bundeswehr und ihrer Wirklichkeit im Grundwehrdienst dazu, hier ihren Beruf zu suchen. Wenn die Berufs- und Zeitsoldaten nicht qualifikations- und marktgerecht besoldet und versorgt werden, werden zukünftig nur die wenig Qualifizierten und schlecht Vermittelbaren den Soldatenberuf ergreifen. In einer solchen Armee möchten Hochqualifizierte nicht Vorgesetzte sein.

In unserem Wertesystem, aber auch im Blick auf die Komplexität moderner Operationsführung und Technik wird der motivierte, mitdenkende Soldat gefordert. Intelligente und nicht angepasste Wehrpflichtige sind auch eine ständige positive Herausforderung für alle Vorgesetzten. Die Qualität unserer Soldaten ist auch eine Frage der Dauer ihrer Ausbildung. Die Einrichtung des freiwillig länger dienenden Wehrdienstleistenden (10 bis 23 Monate) und die Binnenwerbung von Freiwilligen schaffen Voraussetzungen dafür, dass die Bundeswehr den internationalen Vergleich nicht zu scheuen braucht.

Also:

Wer die Abschaffung der Wehrpflicht leichtfertig fordert, übernimmt nicht nur Verantwortung für eine vorhersehbare Schrumpfung in der Größenordnung von mehr als 100 000 Soldaten, sondern auch für einen erheblichen Qualitätseinbruch bei unserem Nachwuchs.

Achtens: Es wird behauptet,...

die eine oder andere Wehrform sei kostengünstiger als die andere.

Dazu ist zu sagen:

Entscheidend für diese Frage ist der notwendige Friedens- und Verteidigungsumfang der Streitkräfte. Bei einer sehr kleinen Bundeswehr ohne Aufwuchsfähigkeit würde sich die Wehrpflicht erübrigen. Eine Bundeswehr in dem jetzt geplanten Umfang ist hingegen ohne Wehrpflicht nicht aufrechtzuerhalten. Man muss die Kosten-Gewinn-Analyse allerdings nicht bei der vereinfachten Betrachtung von Sold und Gehalt belassen, sondern umfassender anstellen. Zum Beispiel sind die Ausbildungsleistungen der Bundeswehr, die Folgen von Standortreduzierungen, Steuerrückflüssen und aus dem Verteidigungshaushalt erbrachte Entlastungen der sozialen Sicherungssysteme in jedem Fall zu bedenken. Ein oft übersehener Aspekt ist auch der personelle Mehrauf-

wand im Sozialsystem, beim Katastrophenschutz und bei anderen Einrichtungen, wenn es keine Wehrpflicht mehr gäbe. Auf keinen Fall darf eine kurzfristige Kostenbetrachtung Vorrang vor der strategischen Zielsetzung haben, denn die teuersten Alternativen sind Konflikt und Krieg.

Also:

Die Bundeswehr muss mit dem Steuerergeld wirtschaftlich umgehen. Unsere Sicherheit kann bei allem Streben nach Wirtschaftlichkeit jedoch nicht zur Variablen von betriebswirtschaftlichen Rechnungen gemacht werden. Wer uns die Einsparungen durch Wegfall der Wehrpflicht mit Verkleinerung der Bundeswehr vorrechnet, muss ehrlicherweise auch die volkswirtschaftlichen und sozialen Mehrkosten in Rechnung stellen. Auch die Aufrechnung von Personal gegen Investitionsmittel im Verteidigungshaushalt ist nicht so einfach. Das wurde bereits 1995/96 schon einmal vergeblich versucht. Das Ergebnis war die Einbehaltung der Einsparungen zu Gunsten des Bundeshaushaltes und unveränderte investive Möglichkeiten. Wenn Tatzeugen von damals, hohe Offiziere oder Industrievertreter, heute wieder mit ähnlichen Vorschlägen daherkommen, zeugt das von Naivität oder lässt auf Hintergedanken schließen.

„Unsere Sicherheit kann nicht zur Variablen von betriebswirtschaftlichen Rechnungen gemacht werden.“

Manche, so zum Beispiel auch die FDP, empfehlen die Wehrpflicht unter den gegenwärtigen Umständen zunächst einmal, quasi probeweise, vorübergehend auszusetzen. Bei unerwarteter Verschlechterung der Lage könne man das Wehrpflichtgesetz schnell wieder in Kraft

setzen. Erhebliche Zweifel an der politischen Bereitschaft, aufgegebenen Forderungen an den Bürger wieder zu erheben, sind jedoch angebracht. Schon gar nicht ist zu erwarten, dass dies zeitgerecht geschehen würde. Die Wahrheit ist, dass Aussetzen das Gleiche bedeuten würde wie Abschaffen.

Dieser Katalog der Argumente ist unvollständig. Es gibt auch unausgesprochene Motive. Diese sollen hier nicht unerwähnt bleiben:

- Gegnerschaft zur Wehrpflicht kann auch aus schlechtem Gewissen erwachsen. Die gesamte heute agierende männliche politische Klasse war oder ist wehrpflichtig. Wer hat wirklich gedient?
- Antimilitärische Komplexe mit ideologischem Hintergrund werden abregiert!
- Der Begriff „Dienen“ gilt in der Spaßgesellschaft als überholt.
- Es gibt auch kleine Minderheiten, die dem Zeitgeist von vorgestern zuneigen. Vorgesetzte mit Rambo- oder Landsknecht-Mentalität glauben, es in kleineren Profi-Truppen leichter zu haben.
- Eltern stehen unter dem Einfluss ihrer Kinder, diese wiederum unter dem der 68er-Lehrer.
- Der ein oder andere Industrievertreter glaubt naiv, man könne einer Freiwilligenarmee mehr Ausrüstung verkaufen, weil sie geringere Personalkosten habe.
- Weil Sicherheitspolitik einen so geringen Stellenwert hat, glaubt mancher, man brauche sich nicht so gut zu informieren und könne ohne Bedenken alle Parolen anderer nachreden.

Das Thema Wehrpflicht ist ein Prüfstein für die Ernsthaftigkeit unserer Politik. Unsere Sicherheit ist zu wichtig, um mit ihr zu experimentieren oder um abseits zu stehen. Sage niemand, er sei nicht gewarnt worden.